

Empörender Umgang mit Bauhausdirektor Philipp Oswalt

Wie am vergangenen Freitag durch die Medien öffentlich wurde, soll der Vertrag mit dem Direktor der Stiftung Bauhaus, Phillip Oswalt, nicht verlängert werden. Stattdessen setzt offenbar der Kultusminister in einem Umlaufverfahren ohne Diskussion im Stiftungsrat durch, dass die Stelle neu ausgeschrieben wird. Noch nie musste in Sachsen-Anhalt ein Stiftungsdirektor nach vier Jahren seinen Posten räumen. Dass dies und vor allem auch in der Art und Weise geschieht, ist für DIE LINKE besorgniserregend.

Wer unbequem ist und eigene Positionen offen vertritt, der hat in Sachsen-Anhalt offenbar zu gehen, egal ob Ministerin, Staatssekretärin oder nun der Direktor der Stiftung Bauhaus Philipp Oswalt.

Völlig vergessen ist offenbar, dass gerade Philipp Oswalt die Stiftung in den letzten Jahren ganz maßgeblich vorangebracht hat, er hat letztlich auch „100 Jahre Bauhaus“ entscheidend in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Spielt alles keine Rolle, der Mann ist - wohl nicht nur dem Kultusministerium und Herrn Dorgerloh in persona - suspekt und gehört abserviert.

Namentlich die Landesregierung barmt so oft, das „Image des Landes“ sei bedroht. Aber wieder einmal ist sie die Quelle dieser Bedrohung, sei es durch ihre radikale Kürzungs- und Streichungspolitik im Kulturbereich oder jetzt eben mit einer nicht nachzuvollziehenden Weichenstellung für Personalentscheidungen. DIE LINKE empfindet diesen Vorgang als empörend, die Landesregierung und vor allem der Kultusminister sollten endlich ernsthaft darüber nachdenken, wen und was das Land Sachsen-Anhalt tatsächlich benötigt. Der Kahlschlag der Kulturlandschaft muss endlich ein Ende finden.

Die Linksfraktion hat für die nächste Ausschusssitzung beantragt, das Thema per Selbstbefassung auf die Tagesordnung zu setzen. Die Fraktion will, dass der Kultusminister sich erklärt, denn eine exakte Begründung für sein Agieren blieb er bis heute sowohl dem Parlament als auch der Öffentlichkeit schuldig.

Stefan Gebhardt, kultur- und medienpolitischer Sprecher

28.10.2013